

# Amtsblatt

## für den Landkreis Uelzen

43. Jahrgang

31. Januar 2014

Nr. 2

### Inhalt

<b>Bekanntmachung des Landkreises Uelzen</b>	
Feststellungsvermerk .....	27
<b>Bekanntmachung der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden</b>	
Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage Ebstorf des Wasserversorgungszweckverbandes Landkreis Uelzen (WVU) vom 17. Dezember 2013.....	27
1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Uelzen vom 13. Dezember 2011 .....	33
Haushaltssatzung der Gemeinde Rosche für das Haushaltsjahr 2014 .....	33
Bekanntmachung der Ergänzungssatzung im Ortsteil Wellendorf gemäß § 34 (4) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 10 (3) BauGB .....	33

### Bekanntmachung des Landkreises Uelzen

#### Feststellungsvermerk

Es wird festgestellt, dass nach pflichtgemäßer Prüfung durch die mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2012 beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „BRS Treuhand GmbH“, Hannover, der Jahresabschluss, der Rechenschaftsbericht und die Buchführung des

Eigenbetriebes Stadtentwässerung Uelzen  
für das Haushaltsjahr 2012

den Rechtsvorschriften entsprechen.

Die Geschäftsführung erfolgte ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Der Eigenbetrieb wurde wirtschaftlich geführt.

Uelzen, den 8. November 2013  
**LANDKREIS UELZEN**  
Rechnungsprüfungsamt  
Schillmöller – Prüferin

Der Jahresabschluss wurde vom Rat der Stadt Uelzen in seiner Sitzung am 16. Dezember 2013 festgestellt. Dem Bürgermeister und der Betriebsleitung wurde Entlastung erteilt. Der Beschluss beinhaltet die Gewinnverwendung: Vom Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 492.190,75 € sind 139.907,17 € an die Stadt Uelzen auszuschütten, die verbleibenden 352.283,58 € sind der zweckgebundenen Investitionsrücklage zuzuführen. Der Jahresabschluss liegt nach § 129 Abs. 2 NKomVG vom Tage nach der Bekanntmachung an sieben Arbeitstagen zur öffentlichen Einsicht im Rathaus der Stadt Uelzen, Bürgeramt, aus.

Kahrs  
Betriebsleiter

#### Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage Ebstorf des Wasserversorgungszweckverbandes Landkreis Uelzen (WVU) vom 17. Dezember 2013

Aufgrund der §§ 51 Abs. 1 und 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) und § 91 Abs. 1 S. 1 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64) wird verordnet:

**§ 1  
Schutzzweck**

Zu Gunsten der vom Wasserversorgungszweckverband Landkreis Uelzen (WVU) betriebenen Wassergewinnungsanlage Ebstorf wird zum Schutze der Gewässer vor nachteiligen Einwirkungen im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung ein Wasserschutzgebiet zum Wohl der Allgemeinheit festgesetzt.

**§ 2  
Geltungsbereich**

- (1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die Schutzzonen:  
I ( Fassungsbereich)  
IIIb (weitere Schutzzone)
- (2) Das Wasserschutzgebiet liegt in den Gemarkungen  
– Schatensen, Wriedel, Holthusen I, Arendorf und Wettenbostel der Gemeinde Wriedel  
– Brauel und Hanstedt I der Gemeinde Hanstedt sowie  
– Ebstorf der Gemeinde Flecken Ebstorf
- (3) Die Grenzen des Wasserschutzgebiets und seiner Schutzzonen sind in der mitveröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1:40.000 (**Anlage**) dargestellt.
- (4) Die genauen Grenzen des Wasserschutzgebiets und seiner Zonen ergeben sich aus den Karten im Maßstab 1:10.000 bzw. 1:5.000, die Bestandteil dieser Verordnung sind. Ausfertigungen dieser nicht veröffentlichten Karten befinden sich beim Landkreis Uelzen und der Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf. Die Karten können dort während der Sprechzeiten von jedermann kostenlos eingesehen werden.

**§ 3  
Schutzbestimmungen für die Schutzzone I**

- (1) Die Schutzzone I darf nur durch Befugte zur Vornahme solcher Handlungen betreten werden, die erforderlich sind:  
a) zur Pflege der Oberflächenvegetation  
b) für den Betrieb und die Überwachung der Wassergewinnungsanlagen oder  
c) zur baulichen und betrieblichen Veränderung der Wassergewinnungsanlagen.
- (2) Die Anwendung von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln ist in der Schutzzone I verboten. Darüber hinaus ist in Schutzzone I jegliche Düngung untersagt, soweit sie nicht in geringen Mengen zur Erzielung einer geschlossenen Grasnarbe erforderlich ist.

**§ 4  
Schutzbestimmungen für die Schutzzone IIIb**

In dem Wasserschutzgebiet sind folgende Handlungen nach Maßgabe der nachstehenden Aufstellung in der Schutzzone IIIb verboten (V), beschränkt zulässig (G) oder nach dieser Verordnung zulässig (Z). Die über die Schutzbestimmungen dieser Verordnung hinausgehenden Verbote und Genehmigungsvorbehalte nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für wasserrechtliche, pflanzenschutzrechtliche, düngerechtliche, abfallrechtliche und baurechtliche Vorschriften sowie für die Vorschriften über die Beseitigung tierischer Nebenprodukte.

Nr.	Nutzungen	Zone IIIb
1.	Einleiten von Niederschlagswasser	
1.1	Versickerung von Niederschlagswasser (unterhalb der belebten Bodenzone)	
1.1.1	Versickerung des von Verkehrsflächen oder mit diesen vergleichbaren Flächen abfließenden Niederschlagswassers	V
1.1.2	Versickerung des von Dach- und Terrassenflächen stammenden Niederschlagswassers	G
1.2	Versickerung von Niederschlagswasser (über die belebte Bodenzone)	

Nr.	Nutzungen	Zone IIIb
1.2.1	Versickerung des von Verkehrsflächen oder von mit diesen vergleichbaren Flächen abfließendes Niederschlagswasser	G
1.2.2	Versickerung des von Dach- und Terrassenflächen stammenden Niederschlagswassers	Z
1.3	Einleiten des von Verkehrsflächen oder von mit diesen vergleichbaren Flächen abfließenden Wassers in oberirdische Gewässer, sofern es sich nicht um eine Einleitung im Rahmen des Gemeindegebrauchs gemäß § 32 NWG handelt	G
2.	Einleiten von Schmutzwasser	
2.1	Einleiten von industriellem und gewerblichem Schmutzwasser in den Untergrund	V
2.2	Einleiten von häuslichem Schmutzwasser aus Siedlungen mit mehr als 10 Wohneinheiten	V
2.3	Einleiten von geklärtem häuslichem Schmutzwasser aus Siedlungen bis 10 Wohneinheiten oder aus Kleinkläranlagen *) Die Genehmigung gilt für Einleitungen aus Kleinkläranlagen als erteilt, die auf der Grundlage einer Satzung nach § 96 Abs. 4 bis 6 NWG errichtet oder geändert werden.	G*)
2.4	Einleiten von Schmutzwasser oder Kühlwasser im Übrigen	G
3.	Bau oder wesentliche Änderung von Transportleitungen für Abwasser (Freigefälle und Druckrohrleitungen)	G
4.	Bau oder wesentliche Änderung von Abwasserbehandlungsanlagen oder sonstigen Abwasseranlagen, ausgenommen Abwassersammelgruben und Kleinkläranlagen mit einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung mindestens der Reinigungsklasse D nach DIN EN 12566-3	G
5.	Verregnung und Landbehandlung von gereinigtem Abwasser (Klarwasser) zur Grundwasseranreicherung (ansonsten siehe unter Nr. 2)	G
	Landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Nutzungen	
6.	Zufuhr von mehr als 170 kg/ha Stickstoff aus organischen Düngern tierischer oder pflanzlicher Herkunft pro Jahr auf landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Nutzflächen	V
7.	Aufbringen von Klärschlamm im Sinne des § 2 Abs. 2 Klärschlammverordnung (AbfKlärV) sowie Aufbringen von Gärresten aus Biogasanlagen mit Einsatz von sonstigen Cofermenten außer nachwachsenden Rohstoffen, Wirtschaftsdüngern oder von pflanzlichen Stoffen der landwirtschaftlichen Produktion	V
8.	Aufbringen von Gülle, Jauche, Silosickersaft, Gärresten aus Biogasanlagen, die ausschließlich mit nachwachsenden Rohstoffen, Wirtschaftsdüngern und/oder von pflanzlichen Stoffen der landwirtschaftlichen Produktion beschickt werden und Geflügelkot sowie gütegesicherten Grünabfall- und Bioabfallkomposten und Abfällen aus der Herstellung oder Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit einem wesentlichen Gehalt an verfügbarem Stickstoff im Sinne des § 2 Nr. 11 Düngerverordnung (DüV) auf	
8.1	Grünland	
8.1.1	vom 1. Oktober bis 31. Januar	V
8.1.2	in der übrigen Zeit	Z

Nr.	Nutzungen	Zone IIIb
8.2	landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen	
8.2.1	von der Ernte der letzten Hauptfrucht bis 31. Januar des folgenden Jahres bei Herbstbestellung. Der Verbotszeitraum beginnt erst am 16. September, wenn nach der Ernte der letzten Hauptfrucht eine Zwischenfrucht oder Winterraps angebaut wird.	V
8.2.2	von der Ernte der letzten Hauptfrucht bis 28. bzw. 29. Februar des folgenden Jahres bei Frühjahrsbestellung (d.h. ohne Herbstbestellung).	V
8.2.3	in der übrigen Zeit	Z
8.3	Waldflächen	V
8.4	öffentliche Flächen und Sportanlagen	V
9.	Aufbringen von Abfällen und Reststoffen aus der Herstellung und Verarbeitung nicht landwirtschaftlicher Erzeugnisse und von nicht gütegesichertem Grünabfall- und Bioabfallkomposten auf landwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzflächen, auf Waldflächen, auf öffentliche Flächen oder auf Sportanlagen	V
10.	Umbruch von Grünland zur Nutzungsänderung	
10.1	Grünland, das aufgrund seiner natürlichen Standortgegebenheiten keine ordnungsgemäße Ackernutzung zulässt (absolutes Grünland)	V
10.2	Grünland, das eine ordnungsgemäße Grünland-, Acker- oder gärtnerische Nutzung zulässt (fakultatives Grünland)	G
11	Grünlanderneuerung, ausgenommen sind umbruchlose Verfahren	G
12	Brachen ohne gezielte Begrünung	V
13	Umbruch von mindestens zweijährigen Brachen (Dauerbrachen)	V
13.1	Vom 1. Juli bis 31. Januar außer zur nachfolgenden Aussaat von Winterraps	V
13.2	Vom 1. Februar bis 30. Juni ohne nachfolgende Bestellung	V
14.	Kahlschlag von Waldflächen	
<b>14.1</b>	<b>zur Änderung der Nutzungsart</b>	<b>V</b>
<b>14.2</b>	<b>zu sonstigen Zwecken, wenn der Kahlschlag 0,5 ha überschreitet</b>	<b>G</b>
15.	Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen	G
16.	Errichten oder Erweitern von Kleingartenanlagen	G
17.	Neuanlage oder Erweiterung von Baumschulen, forstlichen Pflanzgärten oder Weihnachtsbaumkulturen	G
18.	Landwirtschaftlicher und gewerblicher Spargel-, Obst- oder Zierpflanzenanbau, ausgenommen bei Ausschluss von Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz und ausgenommen beim Gemüse- und Zierpflanzenanbau unter Glas in geschlossenen Systemen und Containerproduktion von Baumschulen in geschlossenen Systemen	G
19.	Lagerung von organischen Düngemitteln	

Nr.	Nutzungen	Zone IIIb
19.1	Bau und Betrieb von Erdbecken zur Lagerung von flüssigen Wirtschaftsdüngern	V
19.2.	Lagerung und Zwischenlagerung von flüssigem Wirtschaftsdünger, Silosickersaft, Gärresten und Geflügelkot, Stallmist, Kompost, Klärschlamm in oder auf undurchlässigen baulichen Anlagen mit Auffangvorrichtung	Z
19.3.	Bereitstellen von Festmist >25 % TS oder Kompost im Rahmen der Aufbringung bis maximal 6 Wochen (Zwischenlagerung am Feldrand) nach vorheriger Anzeige beim Landkreis Uelzen als untere Wasserbehörde	Z
19.4	Bereitstellen von Hühnertrockenkot (HTK) im Rahmen der Aufbringung bis max. 6 Wochen in der Zeit vom 1. Februar bis 15. Mai (bei jährlichem Standortwechsel)	G
19.5	Zwischenlagerung von Kompost aus privaten Haushalten in Hausgärten (Eigenverwertung)	Z
19.6.	im Übrigen	V
20.	Lagern von Gärfutter	
20.1	in Gärfuttermieten mit wasserundurchlässiger fester Sohle und Auffangvorrichtung für Silagesäfte	Z
20.2	In Gärfuttermieten mit Foliendichtung und mit Auffangvorrichtung für Silagesäfte nach vorheriger Anzeige beim Landkreis Uelzen als untere Wasserbehörde	Z
20.3	in Gärfuttermieten ohne Dichtung, sofern kein Austritt von Silagesickersaft erfolgen kann	G
20.4	im Übrigen	V
21.	Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen	G
22.	Gewässerunterhaltung mit chemischen Mitteln	V
23.	Beweidung oder Freilandhaltung	
23.1	bei Zerstörung der Grasnarbe	V
23.2	mit Zutritt zu Oberflächengewässern	V
24.	Anlegen, Erweitern oder Betreiben von Wildgehegen	G
	Wassergefährdende Stoffe	
25.	Einleiten und Einbringen von wassergefährdenden Stoffen im Sinne des WHG in den Untergrund oder in Gewässer	V
26.	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, soweit nicht von Nr. 19 und 20 erfasst. *) *) Für die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen gelten die Regelungen der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in der jeweils geltenden Fassung.	
26.1	Abfüllen, Umschlagen oder Behandeln wassergefährdender Stoffe außerhalb von Einrichtungen, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist, ausgenommen das Abfüllen oder Umschlagen von Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln in Mengen bis zum Bedarf im täglichen Arbeitsgang oder Betankung durch mobile Anlagen unter Verwendung tropfsicherer Umfülleinrichtungen	V
26.2	Herstellung wassergefährdender Stoffe	V
26.3	Verwendung wassergefährdender Stoffe im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und in öffentlichen Einrichtungen	G

Nr.	Nutzungen	Zone IIIb
26.4	Löschübungen und Erprobung mit Schaumlöschmitteln	V
27.	Transport wassergefährdender Stoffe	
27.1	durch Fahrzeuge	Z
27.2	in unterirdisch verlegten Rohrleitungen, ausgenommen Feldleitungen, die der Bergaufsicht unterliegen	V
28.	Ablagerung oder Aufhalten von wassergefährdenden Stoffen oder von festen auslaugbaren Stoffen (ausgenommen Düngekalk), Einbringen dieser Stoffe in den Untergrund	V
	Kreislaufwirtschaft und Abfallentsorgung, bauliche Anlagen, Verkehrswege, Sondernutzungen	
29.	Behandeln, Ablagern, Lagern oder Umschlagen von Abfällen zur Beseitigung oder die Neuerrichtung oder Änderung von dazugehörigen Anlagen	V
30.	Behandeln, Lagern oder Umschlagen von Abfällen zur Verwertung oder die Neuerrichtung oder Änderung von dazu gehörigen Anlagen mit Ausnahme der Eigenkompostierung, des Bereitstellens von Abfällen und des Lagerns der in Nr.19 aufgeführten Stoffe	G
31.	Anlagen zur Verwertung von Reststoffen (Baustoffrecycling)	G
32.	Anlagen zur Behandlung oder Lagerung von Schrott und Autowracks	V
33.	Errichtung oder Erweiterung von immissionsrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen	G
34.	Errichtung und Erweiterung von Anlagen zur Erzeugung von Biogas	V
35.	Errichtung oder Erweiterung von baulichen Anlagen für Wohnzwecke im Außenbereich sowie für landwirtschaftliche, gewerbliche, industrielle oder sonstige Zwecke einschließlich Nebenanlagen, ausgenommen Weideschuppen	G
36.	Nutzungsänderungen von baulichen Anlagen nach Nr. 35, wenn hierdurch mehr wassergefährdende Stoffe (größere Mengen, höhere Konzentration) anfallen oder verwendet werden	G
37.	Ausweisung von Bauflächen und Baugebieten	
37.1	ohne Anschluss an eine zentrale Abwasserbeseitigung	V
37.2	mit Anschluss an eine zentrale Abwasserbeseitigung	G
38.	Neubau und Ausbau von befestigten, für Motorfahrzeuge zugelassenen Wegen, Straßen und Plätzen mit Ausnahme von land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftswegen	G
39.	Verwendung/Einbau von Baustoffen, Böden oder anderen Materialien im Straßen-, Wege-, Wasser-, Landschafts- oder Tiefbau oder zur Rekultivierung, die auswaschbare wassergefährdende Stoffe oder Beimengungen enthalten oder die durch Umwandlung wassergefährdend wirken können.	V
40.	Streitkräfte und Katastrophenschutz	
40.1	Bau von militärischen Anlagen oder Einrichtung von Übungsplätzen	V

Nr.	Nutzungen	Zone IIIb
40.2	Durchführung von Manövern oder Übungen von Streitkräften	V
40.3	Durchführung von Übungen von Rettungskräften oder gleichartigen Organisationen	G
41.	Sport- und Freizeiteinrichtungen oder -veranstaltungen	
41.1	Bau oder wesentliche Erweiterung von Sport- oder Freizeiteinrichtungen, von denen nutzungsbedingt erhöhte Grundwassergefährdungen ausgehen (z. B. Tontaubenschießstände, sonstige Schießstände für Handfeuerwaffen, Golfplätze, Rennbahnen für den Motorsport)	V
41.2	Durchführen von Motorsportveranstaltungen außerhalb der dafür zugelassenen Verkehrswege oder -flächen	V
42.	Großveranstaltungen	
42.1	Märkte, Volksfeste oder sonstige Großveranstaltungen außerhalb dafür vorgesehener Anlagen	G
42.2	Nutzung von Freiflächen als Parkplätze	G
43.	Friedhöfe	
43.1.	Neuanlage von Friedhöfen	V
43.2.	Erweiterung von Friedhöfen	G
43.3.	Neuanlage oder Erweiterung von Friedwäldern (Ruheforste)	G
	Bodeneingriffe	
44.	Gewinnung von Bodenschätzen und Bodenabbau mit Freilegung des Grundwassers oder mit dauernder Verminderung der Deckschichten	V
45.	Anlegen und Verändern von Stillgewässern, Teichen und Netzgehegehaltungen	G
46.	Erdaufschlüsse, die räumlich und zeitlich eng begrenzt sind (z. B. Ausgrabungen, Ausschachtungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen) sowie alle über die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Bodennutzung hinausgehenden Bodeneingriffe von mehr als 3 m Tiefe, ausgenommen Erdaufschlüsse in bereits rechtsbestandskräftigen Bebauungsplänen	G
47.	Anlagen oder Maßnahmen des Bergbaues mit Eingriffen in die grundwasserüberdeckenden Boden- und Gesteinsschichten	V
48.	Sprengungen	G
49.	Bohrungen (mit Ausnahme für die öffentliche Wasserversorgung und für Weidepumpen bis 6 m Tiefe)	G
50.	Erdwärmennutzung	G
51.	Beregnete Holzpolterplätze	G

## § 5

### Genehmigung und Befreiung

- (1) Die nach § 4 beschränkt zulässigen Handlungen dürfen nur mit Genehmigung des Landkreises Uelzen als untere Wasserbehörde vorgenommen werden. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn zu befürchten ist, dass durch die beabsichtigte Handlung auf die durch diese Verordnung geschützten Wassergewinnungsanlagen nachteilig eingewirkt werden kann und diese Nachteile durch Bedingungen und/oder Auflagen nicht verhütet werden können.

- (2) Einer gesonderten Genehmigung nach Absatz 1 bedarf es nicht für beschränkt zulässige Handlungen, die schon nach anderen Rechtsvorschriften einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, Planfeststellung bzw. Plangenehmigung oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, wenn diese von der zuständigen Wasserbehörde oder mit deren Einvernehmen erteilt wird. Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 sind im Rahmen des jeweiligen behördlichen Zulassungsverfahrens zu prüfen.
- (3) Verbote und Genehmigungsvorbehalte nach § 4 gelten nicht für Nutzungen aufgrund einer mit Zustimmung des Landkreises Uelzen geschlossenen Vereinbarung im Rahmen einer Kooperation nach den §§ 1 und 2 der Verordnung über die Finanzhilfe zum kooperativen Schutz von Trinkwassergewinnungsgebieten.
- (4) Der Landkreis Uelzen kann auf Antrag im Einzelfall widerruflich und befristet Befreiung von den Verboten sowie den Pflichten des § 7 dieser Verordnung erteilen, wenn a) Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder b) die Durchführung der Vorschrift zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und der Schutzgebietszweck nicht gefährdet ist.

## § 6

### Bestehende Anlagen, Bestandsschutz

Anlagen, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig vorhanden sind, jedoch den Vorschriften des § 4 nicht entsprechen, sind in ihrem Bestand geschützt. Der Landkreis Uelzen als untere Wasserbehörde kann jedoch im Interesse der Gefahrenabwehr die Maßnahmen anordnen, die erforderlich sind, um den Zweck dieser Verordnung zu erreichen.

## § 7

### Handlungs- und Nachweispflicht

- (1) Wer landwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzflächen bewirtschaftet, ist verpflichtet, die Düngung der Flächen auf ein Gleichgewicht zwischen dem voraussichtlichen Nährstoffbedarf und der Nährstoffversorgung auszurichten.
- (2) Auf landwirtschaftlichen und erwerbsgärtnerischen Nutzflächen darf die Stickstoffzufuhr den Düngbedarf des betreffenden Düngejahres nicht überschreiten. Die Düngeempfehlung der Landwirtschaftskammer Niedersachsen ist bei der Bemessung des Düngedarfs zu beachten. Auf hoch und sehr hoch mit Phosphor (P<sub>2</sub>O<sub>5</sub>) versorgten Böden ist die jährliche Nährstoffzufuhr für den zu düngenden Pflanzenbestand mit Phosphor (P<sub>2</sub>O<sub>5</sub>) auf die durchschnittliche Nährstoffabfuhr mit Ernteprodukten zu begrenzen.
- (3) Wer landwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzflächen bewirtschaftet, ist verpflichtet, bezogen auf einen Schlag oder eine Bewirtschaftungseinheit die Stickstoff- und die Phosphorzufuhr (P<sub>2</sub>O<sub>5</sub>) den nach § 3 Abs. 3 DüV ermittelten Nährstoffgehalt des Bodens und die Ertragserwartung aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen über die Zufuhr von Stickstoff und Phosphor sind mindestens sieben Jahre lang nach Ablauf des Düngejahres aufzubewahren.
- (4) Auf Verlangen des Landkreises Uelzen als untere Wasserbehörde hat die oder der nach Abs. 2 Verpflichtete Einsicht in die nach dieser Verordnung und nach den pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften zu führenden Aufzeichnungen zu gewähren oder diese unverzüglich vorzulegen.
- (5) Der Landkreis Uelzen als untere Wasserbehörde kann anordnen, den Nitratgehalt durch Nmin-Untersuchungen oder gleichwertige Verfahren auf landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Böden zu bestimmen. Soweit erforderlich können im Einzelfall nitratreduzierende Maßnahmen angeordnet werden.

## § 8

### Duldungspflicht

- (1) Die Eigentümerinnen und Eigentümer und die Nutzungsberechtigten der im Wasserschutzgebiet liegenden Grundstücke sind verpflichtet, das Betreten der Grundstücke durch Beauftragte der Wasserbehörde und der von dieser ermächti-

gten Stellen nach vorheriger Ankündigung zu dulden, um die Einhaltung der in § 4 aufgeführten Schutzbestimmungen zu überprüfen und Maßnahmen durchzuführen, die zum Schutz der Wassergewinnungsanlage erforderlich sind. Dazu zählen insbesondere

- a) Maßnahmen zur Beobachtung, Messung und Untersuchung des Grundwassers
  - b) die Anlage und der Betrieb von Beobachtungsbrunnen,
  - c) die Entnahme von Bodenproben,
  - e) die Einzäunung der Fassungsbereiche,
  - f) das Aufstellen von Hinweisschildern,
  - g) die Lagerung von Hilfsstoffen zur Sicherung des Grundwassers
- (2) Bei Gefahr im Verzuge bedarf es der vorherigen Ankündigung nicht.

## § 9

### Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen

- (1) Soweit eine Schutzbestimmung oder Duldungspflicht nach dieser Verordnung eine unzumutbare Beschränkung des Eigentums darstellt, ist dafür nach § 52 Abs. 4 WHG Entschädigung zu leisten. Die Entschädigung ist gemäß den §§ 96 bis 98 WHG und § 124 NWG zu regeln. Unmittelbar Begünstigter i. S. des § 97 WHG ist der Wasserversorgungszweckverband Landkreis Uelzen (WVU) bzw. dessen Rechtsnachfolger.
- (2) Eine Ausgleichszahlung ist gemäß § 51 Abs. 5 WHG und § 93 Abs. 1 NWG dann zu leisten, wenn eine der in dieser Verordnung aufgeführten Schutzbestimmungen oder Duldungspflichten erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land-, forstwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzung eines Grundstückes beschränken oder mit zusätzlichen Kosten belasten.

## § 10

### Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig i. S. v. § 103 Abs. 1 Nr. 7a, 8 WHG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstößt. Unberührt bleiben Regelungen und Zuständigkeiten nach anderen Rechtsvorschriften.

## § 11

### Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Landkreis Uelzen in Kraft. Az. 66 III - 384

Uelzen, den 17. Dezember 2013

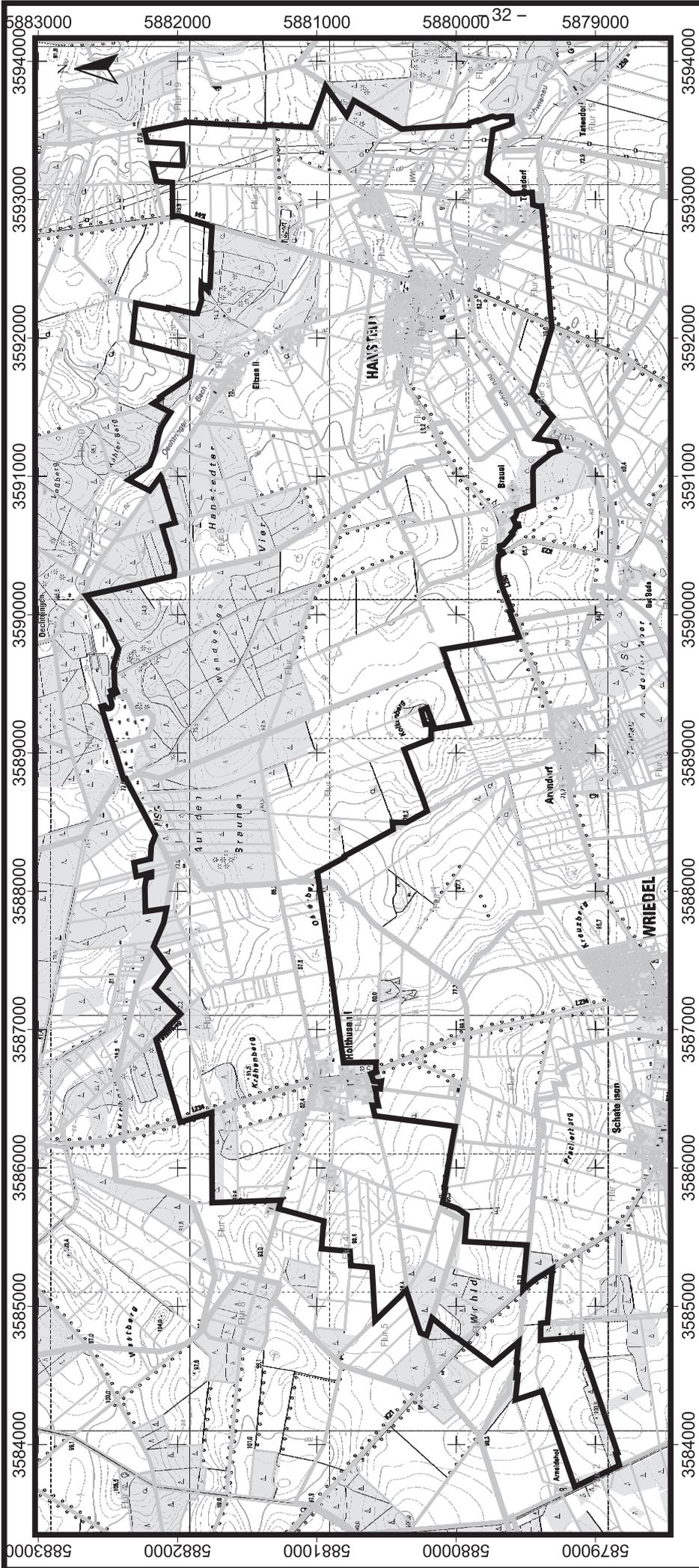
LANDKREIS UELZEN

– als untere Wasserbehörde –

Der Landrat

Dr. Blume

(Karte siehe Seite 32)



	<p>Wasserschutzgebiet parzellenscharfe Abgrenzung Zone III = 18,2 km<sup>2</sup></p>	<p>Maßstab: 1 : 40.000 Projekt-Nr.: 0183062 Datum: 09.04.2013</p>	<p>Datei: 0183062_wvu_wsg_ebs.apr Anlage 2-1 A4_L</p>
	<p>Flurstück, Flur, Gemarkung</p>	<p>Bearbeiter: S. Schweizer (Dipl.-Geogr.)</p>	<p><b>Anlage 2, Seite 1</b></p>

**Wasserversorgungszweckverband Landkreis Uelzen**  
**WVG Wasserwerk Ebstorf**

Wasserversorgungszweckverband  
 Landkreis Uelzen  
 Dorf Gieschendorf  
 21525 Uelzen  
 Telefon (0531) 402540

**Parzellenscharfe Abgrenzung  
des WSG Ebstorf: Schutzzone III**

**GeoDienste GmbH**  
 Geologie - Hydrogeologie - Geothermie  
 Linnestraße 33, 30427 Carlsberg  
 Hannover | Tel. +49 (0) 5131 46 65 0  
 E-Mail: info@geodienste.de

© 2008 **GLN**  
 Kartengrundlage TK 25 Blätter 2927 Wriedel, 2928 Ebstorf (LGN)  
 Daten NLWKV

# 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Uelzen vom 13. Dezember 2011

## Artikel 1

Die Hauptsatzung des Landkreises Uelzen vom 13. Dezember 2011 wird wie folgt geändert:

1. § 8 Abs. 1 Nr. 4 wird wie folgt gefasst:  
„Zeit, Ort und Tagesordnung einer jeden öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzung des Kreistages, des Kreis Ausschusses, der Ausschüsse des Kreistages, der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften, der Betriebsausschüsse der Eigenbetriebe und des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Uelzen im Internet im „Kreistags- und Bürgerinformationssystem des Landkreises Uelzen“ sowie Zeit, Ort und Tagesordnung einer jeden öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzung des Kreistages darüber hinaus in der „Allgemeinen Zeitung der Lüneburger Heide““,
2. § 8 Abs. 1 wird folgende Nr. 5 angefügt:  
„sonstige Bekanntmachungen in der im Einzelfall zweckmäßigen Weise.“
3. § 8 wird folgender Absatz 4 angefügt:  
„Eine Verkündung bzw. Bekanntmachung unterbleibt, soweit dieser gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.“

## Artikel 2

Diese Änderungsatzung tritt mit Veröffentlichung in Kraft.

Uelzen, den 17. Dezember 2013  
LANDKREIS UELZEN  
gez. Dr. Blume  
Landrat

### Bekanntmachung der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden

## Haushaltssatzung der Gemeinde Rosche für das Haushaltsjahr 2014

Aufgrund § 112 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Rosche in seiner Sitzung am 31. Oktober 2013 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

<b>1. Im Ergebnishaushalt</b>	
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
1.1 der ordentlichen Erträge auf	1.656.800,00 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	1.546.500,00 €
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0,00 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,00 €
<b>2. Im Finanzhaushalt</b>	
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
2.1 der Einzahlungen auf	1.859.900,00 €
2.2 der Auszahlungen auf	1.771.800,00 €
festgesetzt; von den Einzahlungen und Auszahlungen entfallen	
2.1.1 auf Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.480.900,00 €
2.2.1 auf Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.284.100,00 €
2.1.2 auf Einzahlungen für Investitionen	279.000,00 €
2.2.2 auf Auszahlungen für Investitionen	432.000,00 €
2.1.3 auf Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	100.000,00 €
2.2.3 auf Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	55.700,00 €

### § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 100.000,00 € festgesetzt.

### § 3

Verpflichtungsermächtigungen entfallen.

### § 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2014 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 600.000,00 € festgesetzt.

### § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2014 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 Für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 v.H.
1.2 Für die Grundstücke (Grundsteuer B)	400 v.H.
2. Gewerbesteuer	400 v.H.

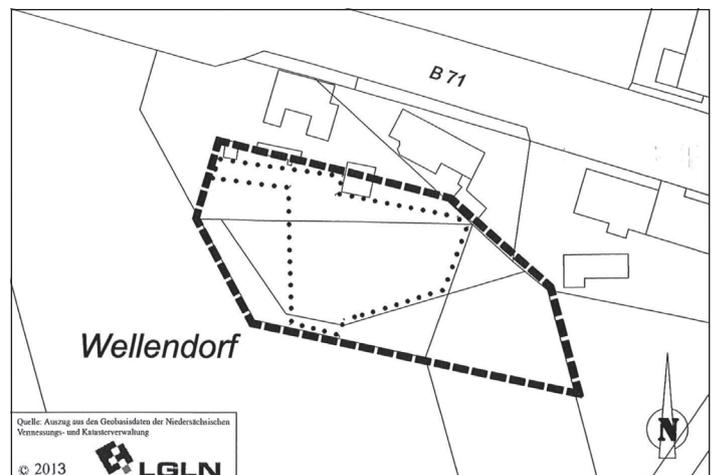
Rosche, den 1. November 2013  
(Musik)  
Gemeindedirektor

Die vorstehende Haushaltssatzung ist vom Landkreis Uelzen unter dem Aktenzeichen 20-006/18 (2014) am 13. Januar 2014 genehmigt worden. Der Haushaltsplan liegt gemäß § 114 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung vom Tage nach der Bekanntmachung an während der Zeit von 7 Arbeitstagen zur öffentlichen Einsicht im Rathaus in Rosche während der Dienststunden aus.

Rosche, den 21. Januar 2014  
Musik  
Gemeindedirektor

## Bekanntmachung der Ergänzungssatzung im Ortsteil Wellendorf gemäß § 34 (4) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 10 (3) BauGB

Der Rat der Gemeinde Suhlendorf hat in seiner Sitzung am 28. November 2013 die Ergänzungssatzung im Ortsteil Wellendorf als Satzung sowie die Begründung beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich ist im nachfolgenden Kartenauszug durch eine dicke, unterbrochene schwarze Linie kenntlich gemacht.



Die Ergänzungssatzung im Ortsteil Wellendorf sowie die Begründung können von jedermann im Bauamt der Samtgemeinde Rosche, Lüchower Str. 15, 29571 Rosche, während der Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann auch über den Inhalt der Ergänzungssatzung im Ortsteil Wellendorf Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Vorschriften gemäß § 214 Abs. 1 und 3 BauGB beim Zustandekommen der Ergänzungssatzung im Ortsteil Wellendorf dann unbeachtlich wird, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden ist.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 S. 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung wird hingewiesen.

Mit dem Tage dieser Bekanntmachung wird die Ergänzungssatzung im Ortsteil Wellendorf rechtsverbindlich.

Suhlendorf, den 14. Januar 2014

*Der Bürgermeister*  
*gez. Weichsel*